

Antragsbereich B / Antrag 3/II/2022

AntragstellerInnen: Jusos München

Empfänger: Stadtratsfraktion

Oberbürgermeister

3/II/2022: Nein zum Ratsentscheid anlässlich der Hochhäuser an der Paketposthalle

1 Die Jusos München stellen sich gegen einen Ratsbegehren anlässlich der Hoch-
2 häuser an der Paketposthalle und fordern die Münchner SPD und die SPD
3 Stadtratsfraktion dazu auf, einem solchen nicht zuzustimmen.

4

5 Vielmehr sollte die Position sein, dass der Genehmigung für das Hochhaus in die-
6 sem Fall zugestimmt wird, solange diese bezahlbaren Wohnraum statt Profiten
7 für Grundstücksentwickler*innen schafft und ökologische Kriterien erfüllt.

8

9 **Begründung**

10 Direkte Demokratie und Beteiligung von Bürger*innen ist grundsätzlich richtig
11 und wichtig. Dabei ist jedoch nicht zu vernachlässigen, dass sich verschiedene
12 Gruppen in der Bevölkerung – auch basierend auf ihrem sozioökonomischen
13 Status – in unterschiedlicher Weise an Abstimmungen beteiligen.

14

15 In der vorliegenden Entscheidung entscheiden darüber hinaus Menschen, die
16 bereits eine Wohnung in München haben, über den so dringend benötigten
17 Wohnraum für andere Menschen,

18

19 die noch nicht hier sind. Die Not-in-my-backyard-Mentalität verhindert immer
20 wieder Bauprojekte, in denen Wohnraum geschaffen werden soll.

21

22 Für die Hochhäuser im Areal der Paketposthalle hat eine umfassende Bürger*in-
23 nenbeteiligung statt gefunden. Diese hat sich dafür ausgesprochen, das Projekt
24 weiterzuentwickeln. Wofür macht man eine Beteiligung im ersten Schritt, wenn
25 diese dann im zweiten Schritt nichts mehr wert sein soll?

26

27 Es ist die Aufgabe, der Politiker*innen im Münchner Stadtrat auch polarisierende
28 und unangenehme Entscheidungen zu treffen. Auch in kontroversen Fragen
29 sollen Parteien eine klare

30

31 Haltung einnehmen und damit auch Orientierung im Diskurs bieten. Dafür sind
32 die Stadträt*innen von den Bürger*innen gewählt. Es erschließt sich nicht, wieso
33 ausgerechnet in dieser Frage eine Beteiligung stattfinden soll.

34

35 Abschließend zeichnet sich ja ohnehin ab, dass ein Bürgerbegehren gegen die
36 Hochhäuser gestartet wird. Bürger*innen – sofern sich diesem Begehren genug
37 Menschen anschließen – damit ein Mittel, einen Ratsentscheid durchzusetzen.